

BABETTE SCURRELL, CLAUDIA STAUß

Wenn wir gemeinsam Verantwortung übernehmen, schaffen wir Heimat für alle!

Wenn Heimatpolitik das Ziel haben soll, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen, dann greift sie als »heimatbezogene Infrastrukturpolitik« oder symbolische Heimatpolitik zu kurz.

Der Strukturwandel – insbesondere seit 1990, als mit der Wiedervereinigung neben die sozialökonomischen noch kulturelle und politische Brüche traten – wurde überall in Deutschland nicht gestaltet, sondern dem neoliberalen Paradigma »der Markt wird es regeln« überlassen. Erst ganz langsam, mit zunehmenden rechts-populistischen Wahlerfolgen wurde erkannt, dass strukturelle, sozio-ökonomische und räumliche Verwerfungen den demokratischen Staat und eine auf Freiheit und Gleichheit gerichtete, solidarische Kultur bedrohen können. Den daraus resultierenden sozialökologischen Strukturproblemen in allen Lebensbereichen und Räumen mit Kulturpolitik und einem diffusen Heimatbegriff entgegenzutreten zu wollen, ist zum Scheitern verurteilt.

Trotzdem ist eine Debatte des Heimatbegriffs in der Kulturpolitik durchaus angebracht.

Heimat ist für die Einen ein gleichmäßiges sozial-räumliches Milieu, in dem alles Fremde, Neue, Ungewohnte stört. Für andere ist Heimat eine offene, solidarische Gesellschaft, die durch die Vielfalt ihrer Kulturen reich wird. Was nutzt es also »Heimat« zu sagen, wenn nicht durch politisches Handeln und konstruktive Strukturpolitik die ökologischen und sozialen Voraussetzungen individueller Freiheit und sozialer Gleichheit geschaffen werden, auf deren Grundlage gesellschaftlicher Zusammenhalt gedeiht? Dass das Heimatministerium nun auch das Bauministerium ist und sich mehr oder weniger für das Bauen im ländlichen Raum, die Stärkung der Ortskerne und die Bewahrung der historischen Zentren von Kleinstädten einsetzt, stärkt nicht automatisch Demokratie und Zusammenhalt, sondern vielleicht auch nur deutsch-tümelnde Tradition, eine »deutsche Leitkultur« und ausgrenzende Investitionspolitik.

Heimat selber machen

Aber im Ringen um den Begriff von Heimat in der Kulturpolitik liegen natürlich auch Möglichkeiten der Definitionsmacht sowohl für »Heimat« als auch für die Agenda ihrer Gestaltung. »Heimatpolitik« als Infrastrukturpolitik kann nach den Erfahrungen der »Neulandgewinner*innen«¹ greifen, wenn die Infrastrukturen, die die Menschen vor Ort für notwendig halten, in den entsprechenden Qualitäten und nach demokratischer Entscheidung vor Ort gemeinsam mit der Bevölkerung geschaffen werden. Viele engagierte Bürger*innen haben beispielsweise Interesse an der Umnutzung und Sanierung ortsbildprägender Bauten als Infrastruktur für soziale Begegnung und solidarischen Zusammenhalt. Wenn Heimatpolitik aus dem Bauministerium in diesem Feld diejenigen unterstützen will, die ihre Heimat selbst schaffen, so sollte kleinteiliges, experimentelles, schrittweises Vorgehen mit Augenmaß zum Standard für bauliche Sanierung und Umnutzung werden. Bürgerschaftliche Initiativen, die Verantwortung für ihre Heimat durch Rettung und Umnutzung von Gutshäusern, Berufsschulen, Bahnhöfen etc. übernehmen, richten einzelne Gebäudeteile für verschiedene Nutzungen her. Sie haben ein Eigeninteresse am Erhalt der historischen Bausubstanz, müssen sie aber den neuen Nutzungen mit Augenmaß anpassen dürfen. Ein gemeinsames Ringen von Bürger*innen und Behörden um die bestmöglichen Lösungen, Vertrauen in die Fähigkeiten und in die auf das Gemeinwohl gerichteten Absichten der Akteure vor Ort sowie Ermächtigung und Ermöglichung bürgerschaftlichen Handelns schaffen Vertrauen in die Demokratie und Zukunftsfähigkeit der je eigenen Heimat. Das könnte »heimatbezogene Infrastrukturpolitik« bedeuten.

Jens Jessen schrieb 2006 in einem Essay für die Bundeszentrale für politische Bildung: »Die Einstufung einer politischen Handlung als symbolisch hat augenscheinlich damit zu tun, wie hoch die Wahrscheinlichkeit eingeschätzt wird, dass der Geste eine Tat folgen kann.« (Jessen 2006: 3) Und weiter: »Symbolische Politik hat die Eigenschaft, mit minimalem Aufwand ein Maximum an Schaden anzu richten.« (Ebd.: 6) Es sind ja gerade die leeren Worte, die immer markigere Sprüche – und schließlich auch markerschütternde Taten – folgen lassen. »Die Menschen dürfen nicht das Gefühl haben, abgehängt zu sein«, heißt es. – Nein! Sie dürfen nicht abgehängt werden. »Die Bürger*innen müssen das Gefühl haben, dass sie Einfluss nehmen können.« – Nein! Sie müssen Einfluss haben.

Das folgenlose »das Gespräch suchen«, das »Erklären« einer weiterhin unsozialen und unökologischen Politik, eine symbolische Politik der Anerkennung wird kein Vertrauen schaffen. Darauf kommt es aber an. Soziales Kapital, der gesellschaftliche Mehrwert, der aus gemeinschaftlichem Zusammenwirken entsteht, produziert Vertrauen und setzt es voraus. Deshalb kann Vertrauen so schnell verspielt, aber nur sehr mühsam aufgebaut werden. Für die Entwicklung und Unterstützung von Zivilgesell-

1 Im Programm »Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort« fördert die Robert Bosch Stiftung seit 2013 Menschen in ländlichen Räumen Ostdeutschlands, die selbst anpacken, um ihre Heimat zu einem Ort zu machen, an dem sie gerne leben, siehe <https://www.neulandgewinner.de> (letzter Zugriff: 28.11.2019)

schaft aber, ist das gegenseitige Vertrauen der zentrale Baustein (vgl. Wolters 2019). Solange Politik und Verwaltungen den Bürger*innen, die aktiv mitgestalten, nicht Vertrauen, können sie auch kein Vertrauen in politisches und staatliches Handeln erwarten. – Und ohne Vertrauen wird sich auch kein Verantwortungsbewusstsein für die gemeinsame Gesellschaft und ihre natürlichen Lebensgrundlagen, für Solidarität mit den Mitmenschen und für eine kulturell vielfältige Gemeinschaft herstellen.

*Wenn wir
gemeinsam
Verantwortung
übernehmen,
schaffen wir
Heimat für alle!*

Gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Verantwortung

Im Programm »Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort« aber spüren wir dieses Vertrauen – es ist ein gegenseitiges, vielfach begründetes und in vielen Begegnungen spürbares Vertrauen. Die Menschen im ländlichen Raum Ostdeutschlands, die Zukunft vor Ort erfinden, haben Vertrauen zur Robert Bosch Stiftung als einer der großen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland gefasst. Sie können das, weil sie im Förderverfahren wertgeschätzt, als Expert*innen ihres Lebens angesprochen werden. Weil der »große Geldgeber« – ein zivilgesellschaftlicher Verwalter gesellschaftlichen Reichtums – ihnen auch Vertrauen entgegenbringt. Sie werden darin unterstützt, auf konkrete Herausforderungen in ihrer Heimat zu reagieren, für die sie eigenständig und aktiv Lösungen suchen und finden. Mehr noch, die Robert Bosch Stiftung ist selbst lernbereit und passt, wo zielführend, Elemente des Förderprogramms an die Bedürfnisse der Programmteilnehmer*innen an. Die Gespräche über entsprechende Änderungen werden gleichberechtigt geführt. So finden wir Wege des Aufbaus von gegenseitigem Vertrauen und gemeinschaftlicher Verantwortungsübernahme für die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels vor Ort.

Es ist ein gemeinsames Experimentieren mit einem gemeinsamen Interesse an den Lösungen für ein gutes Leben. Neulandgewinner*innen arbeiten an der ganzen Bandbreite von Herausforderungen: von selbstverantworteten Bildungs- und Kulturangeboten über die Rettung von wichtigen Gebäuden im Heimatort, die Daseinsvorsorge und die aktiv gestaltete Energiewende bis hin zur Integration von Geflüchteten. All dies sind öffentliche Aufgaben. Wenn der Staat sie nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang erfüllt, müssen doch zumindest die Bedingungen der Verantwortungsübernahme durch Zivilgesellschaft und gemeinnützige Wirtschaft demokratisch ausgehandelt werden. Aufgaben einfach nicht zu erfüllen, zerstört das Heimatgefühl für den Staat. Aus der Tatkraft engagierter Bürger*innen – nicht aus Symbolen – entstehen Lösungen für die Herausforderungen im aktuellen Transformationsprozess der Gesellschaft. Bei den Neulandgewinner*innen sehen wir, es entsteht eine Kultur der Wertschätzung von offenen Experimenten und ein Sinn für die gemeinsame Heimat.

Bürgerschaftliches Engagement für gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Realität der letzten Jahrzehnte zeigt, dass sich im ländlichen Raum fast ausschließlich kulturelle und soziale Initiativen bürgerschaftlichen Engage-

ments bemühen, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Es sind die Menschen vor Ort in den Dörfern und kleinen Städten, die versuchen, ihre Heimat neu zu gestalten. Im Osten Deutschlands ist diese kulturelle und soziale Heimat oft großflächig verloren gegangen. Und eine Neue ist nicht einfach so nachgewachsen. Viele, zu Viele sind fortgegangen, weil keine Heimat mehr da war oder nichts, was als solche begriffen werden konnte, was die Funktion erfüllte. In der globalisierten Welt ist es wichtig, ein Bewusstsein dafür zu haben, woher wir kommen. Wir brauchen eine Basis, Selbstvertrauen, Werte. Wir brauchen Halt und Rückzugsorte, mancher braucht eine Struktur und Regelmäßigkeiten, und wir alle brauchen Sicherheit für uns und unsere Familien und Freunde. Das ist die Grundlage dafür, keine Angst zu haben. Und nur wer keine Angst hat, kann auch scheinbar Fremde willkommen heißen. Wem Selbstvertrauen und eine Basis fehlen, der hat Angst vor allem Fremden und macht »Heimat« zu einem Ort, den man verteidigen muss, anstatt ihn zu teilen.

Heimat beginnt in uns. Menschen, die das verstanden haben, übernehmen Aufgaben, die der Staat nicht mehr erfüllt, und übernehmen damit auch Verantwortung für sich und andere. Sie brauchen dafür Mut, Kraft, Ideen und Ausdauer. Aber oft kämpfen sie gegen politische Widerstände. Immer noch werden Strukturen abgebaut, Personal eingespart und vorhandene Einrichtungen wegrationalisiert: Im Gesundheitswesen, beim öffentlichen Nahverkehr oder bei Bildung und Kultur, selbst im Bereich Recht und Ordnung wird gespart. Und mit diesem Kahlschlag einher geht immer noch und immer weiter der Verlust von Heimat. Dann ist Heimatpolitik Infrastrukturpolitik – und zwar eine Infrastruktur dezimierende und deshalb Heimat zerstörende.

Dagegen arbeiten unterschiedliche Initiativen, Vereine und Bündnisse in vielen kleinen Gemeinden. Sie alle kämpfen gegen eine Abwärtsspirale, die dringend gestoppt werden muss, wenn uns der Heimat-Diskurs nicht in die 1930er Jahre zurückführen soll. All diese Menschen zeigen mit Zivilcourage und Mut, wie Zivilgesellschaft funktionieren kann und was es braucht, um im ländlichen Raum gut zu leben. Sie tauschen sich aus, sie lernen von- und miteinander und finden viele kreative Lösungen. Aber sie benötigen die konstruktive, zukunftsoffene Rahmensetzung des Staates. Öffentliche Aufgaben müssen vom Staat finanziert und auch der ländliche Raum muss mit einer ausreichenden Grundstruktur ausgestattet werden. Bürgerschaftliches Engagement braucht als Partner eine handlungsfähige, flexible und verantwortungsvolle Verwaltung. Das zu garantieren, ist Aufgabe der Politik, egal ob man diese Heimat- oder Sozial- oder Infrastruktur- oder Bürgerpolitik nennt. Bei Heimatpolitik geht es um Lokalpolitik, eine Politik vor Ort, bei den Menschen, mit den Menschen und für die Menschen, um sie ernst zu nehmen, zu stärken und zu unterstützen. Heimatbezogene Infrastrukturpolitik heißt also Unterstützungspolitik für kleine und kleinste politische Einheiten und gesellschaftliche Initiativen in der Fläche.

Ein (ungeliebtes) Denkmal von nationaler Bedeutung im Dorf

Am Beispiel des Kulturhauses Mestlin lässt sich exemplarisch darstellen, was bürgerschaftliches Engagement erreichen kann und wo seine Grenzen sind bzw. wie es sich auswirkt, wenn die bereits erwähnten Grundstrukturen nicht mehr vorhanden sind.

Denkmalschutz ist eine öffentliche Aufgabe, zumal wenn es sich um ein Denkmal von nationaler Bedeutung handelt. Es gibt ein Landesamt für Denkmalpflege und die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM) mit dem Bereich Denkmalschutz und Baukultur. Aber das einmalige Bauensemble »Musterdorf Mestlin« wurde an die Kommune übergeben (750 Einwohner*innen) und diese soll bis heute das national bedeutsame Baudenkmal erhalten, sanieren und betreiben. Das ist eindeutig ein Fehler im System. Denn die notwendigen Mittel werden der Gemeinde nicht zur Verfügung gestellt, stattdessen rutscht sie jedes Jahr mehr in die roten Zahlen. Selbst die Minimalkosten, wie Versicherung und Betriebskosten kann sie nicht ohne Hilfe stemmen.

Ein Verein kommt zu Hilfe und nimmt sich der Aufgaben an. Mit viel Engagement gelingt es innerhalb von zehn Jahren das Kulturhaus zu sichern, Veranstaltungsreihen zu etablieren, tausende Gäste jedes Jahr ins Kulturhaus zu locken. Fördermittel in insgesamt siebenstelliger Höhe wurden akquiriert und verbaut. Das alles ohne Eigenkapital, gemeinnützig und ehrenamtlich. Heute ist das Kulturhaus Mestlin in den kulturellen Kreisen in Mecklenburg-Vorpommern ein Begriff. Aber es ist auch eine Grenze erreicht. Obwohl die für eine Teilnahme am Förderprogramm »TRAFO 2«² der Bundeskulturstiftung geforderte Voraussetzung einer hauptamtlich geführten Kultureinrichtung im ländlichen Raum beim Kulturhaus Mestlin nicht gegeben war, hat sich das Kulturministerium entschlossen, Mestlin für dieses Programm vorzuschlagen, sicher in der guten Absicht, eine Möglichkeit zur Förderung und Stabilisierung des Engagements zu schaffen. Doch ein Jahr der Konzepterstellung ist für einen Verein ohne hauptamtliche Mitarbeiter*innen eine enorme zusätzliche Belastung und wenn das Land nicht in der Lage und flexibel genug ist, wenigstens diese Belastung kurzfristig finanziell und strukturell aufzufangen, dann ist auch das wieder eine zerstörende »Heimatspolitik«.

Mehrmals wurde der Verein in Mestlin von den verschiedenen Seiten aufgefordert, sich als »Kreativwirtschaftler« zu betätigen und das Kulturhaus unternehmerisch zu betreiben. Aber genau das war niemals Anliegen des Vereins. Eine unternehmerische Nutzung des Kulturhauses ist ein Widerspruch in sich: Kunst, Kultur, Bildung und soziale Arbeit sind keine Unternehmensfelder. Es ist mit ihnen kein finanzieller Gewinn zu erzielen. Aber die Werte, die geschaffen werden, der Gewinn, der langfristig erzielt werden kann, ist finanziell gar nicht zu ermes-
sen, er zeigt sich stattdessen im Gewinn einer offenen Heimat für alle. Nur die Übernahme der Verantwortung für öffentliche Aufgaben durch alle Teile der Ge-

*Wenn wir
gemeinsam
Verantwortung
übernehmen,
schaffen wir
Heimat für alle!*

2 Siehe https://www.trafo-programm.de/814_trafo-2 (letzter Zugriff: 28.11.2019)

sellschaft, als konstruktives Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft und vielleicht auch Wirtschaft kann eine dauerhafte Lösung bringen. Dafür aber sollten nicht die Bürger*innen allein, sondern auch ihre gewählten Vertreter*innen, die Politiker*innen bzw. das politische System Verantwortung übernehmen.

Ein Bewusstsein für diese Aufgaben und verantwortliches Handeln – das ist es, was Neulandgewinner*innen einfordern und gleichzeitig vorleben.

Literatur

Jessen, Jens (2006): »Symbolische Politik«, in:
Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 20/2006,
S. 3–6, <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29741/symbole> (letzter Zugriff: 18.11.2019)

Wolters, Alexandra (2019): »Die ostdeutsche Zivilgesellschaft braucht Vertrauen«. Interview mit Andreas Willisch, https://www.bosch-stiftung.de/de/story/die-ostdeutsche-zivilgesellschaft-braucht-vertrauen?fbclid=IwAR33FrUqVz8ZALC0rlilXbKxk82zVuBv6CvnwaRIbqeHdvaq_CYH0iDwC1E (letzter Zugriff: 18.11.2019)